

Ver.di- Bundesarbeitskreis Spielbanken lehnt die Internet-Spielbanken ab

Der Bundesarbeitskreis Spielbanken der Gewerkschaft Verdi hat sich in seiner Sitzung in Wiesbaden wiederholt mit der Situation der Spielbanken und den daraus entstehenden Nachteilen für die Beschäftigten befasst.

Die wirtschaftliche Krise macht auch vor den Spielbanken nicht halt, so Bernhard Stracke von der Bundeskoordinierung Spielbanken. Besucherrückgänge insbesondere im Lebenspiel und ein Rückgang bei dem Bruttoeinspielergebnis sowie dem Tronc (Trinkgeldtopf der Gäste, aus dem das Personal bezahlt wird) veranlassen die Spielbankbetreiber, den oft hausgemachten Problemen insbesondere im klassischen Spiel mit Personalabbau und der Aufstellung weiterer Automaten entgegenzusteuern. Leider werde das Lebenspiel von vielen Betreibern vernachlässigt, so Stracke, obwohl es nach dem ordnungspolitischen Auftrag, den Spielbanken haben, zu ihrem Kerngeschäft gehört.

Nun wollen einige Betreiber in das Internetspiel einsteigen, so Horst Jaguttis, Vorsitzender des Bundesarbeitskreises Spielbanken. Der Bundesarbeitskreis Spielbanken lehnt ein Glücksspiel ohne Menschen für Menschen entschieden ab, so Jaguttis.

„Vor 20 Jahren haben wir den Start des Automatenspiels in den Spielbanken vernachlässigt und haben nun die Auswirkungen mit einem Personalabbau zu bezahlen“ so Jaguttis. Der Croupier aus Travemünde weis, wovon er redet, das klassische Spiel wurde in Bad Pyrmont und in Hittfeld geschlossen, in Mainz wurden betriebsbedingte Kündigungen ausgesprochen.

Die Absicht der Spielbankbetreiber wird gravierende

Auswirkungen auf die Arbeitsplätze haben, befürchtet ver.di. Die Absicht der Betreiber ist es, ein komplettes Spielangebot in einem ausgelagerten Betrieb außerhalb der Spielbanken über das Internet anzubieten, weis Stracke zu berichten. Die Spielbank Wiesbaden, die zurzeit das einzige staatlich konzessionierte Internetspiel in Deutschland anbietet, zahlt eine Steuer auf das Bruttoeinspielergebnis (Einsatz der Gäste minus ausgezahlte Gewinne) von 60%, wogegen die Spielbank für das klassische Spiel sowie das Automatenpiel eine Steuer in Höhe von 90% bezahlt. Daher kommt auch die aggressive Werbung der Spielbank, Gäste zum Internetspiel abzuwerben. Der Spielbank geht es um Gewinnmaximierung, ein klarer Verstoß gegen den ordnungspolitischen Auftrag der Spielbank. Viele Spielbanken stehen in den Startlöchern, es den Wiesbadenern gleich zu tun und ins Internet zu gehen. Konkrete Informationen liegen unter anderem aus Niedersachsen und Bad Homburg vor, so Stracke.

Der Bundesarbeitskreis ist zu der Auffassung gelangt, das Internetspiel entspricht nicht den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes sowie mehrere Entscheidungen des europäischen Gerichtshofes, wonach das illegale Glücksspiel nur in Spielbanken zulässig ist.

Weiterhin müssen auch die Spieler geschützt werden, da im Internet der Jugendschutz nicht gewährleistet ist und es unter anderem keine Kontrolle gibt, ob der Spieler unter Spielsucht leidet oder sogar unter Alkoholrausch oder Drogen spielt.

Der Betriebsrat der Spielbank Wiesbaden hat wegen des zusätzlichen Spielangebotes im Internet ein Beschlussverfahren vor dem Arbeitsgericht Wiesbaden eingeleitet, so der Betriebsratsvorsitzende Rolf Schmid.

Die Geschäftsleitung hat seit November letzten Jahres einen zweiten Kessel für das Spiel im Internet in Betrieb genommen und damit das Angebot in diesem Bereich ausgeweitet.

Wir bedauern es sehr, zu diesem Schritt gezwungen zu sein, so Schmid, aber die Geschäftsleitung verstößt damit eindeutig gegen die bestehende Betriebsvereinbarung über den Betrieb des Internetspiels in der Spielbank Wiesbaden und missachtet somit die Mitbestimmung des Betriebsrates. Mehrere Gespräche zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung bleiben erfolglos.

Da die Spieler nun gleichzeitig an zwei Kessel spielen können, befürchtet der Betriebsrat starke finanzielle Einbußen der Croupiers. Die Erfahrung zeigt, dass im Internet kaum Trinkgelder gegeben werden. Wenn nun immer mehr Spieler vom klassischen Spiel zum Internet abwandern, reduziert dies die Einnahmen der Croupiers und gefährdet somit auf Dauer auch die Arbeitsplätze in der gesamten Branche.

Der Betriebsrat fordert die Geschäftsleitung zur Einhaltung der bestehenden Vereinbarung auf.

V.i.S.d.P: Bernhard Stracke, Bundeskoordinierung Spielbanken,
ver.di Bezirk Rhein-Nahe-Hunsrück,
Münsterplatz 2-6, 55116 Mainz
Telefon:06131-6272632; Fax:06131-6272626; Mobil:0160-90512708;
e-Mail Bernhard.Stracke@verdi.de